

---

PETER J. BRENNER

## DER CORONA-STAAT: VON DER KRISE ZUM NOTSTAND

---

SPIEGEL: *Herr Professor, vor zwei Wochen schien die Welt noch in Ordnung ...*

Adorno: *Mir nicht.*

*Der Spiegel*, 5. Mai 1969

### Das Corona-Regime

Die Maschen der Macht werden enger. So jedenfalls will es nach einem Jahr des Corona-Regimes scheinen. Ein immer dichter werdendes Netz von Ermahnungen, Maßnahmen, Restriktionen und schlichten Verboten überzieht die bürgerliche Lebenswelt und legt weite Teile der Volkswirtschaft lahm. Wie lange das gut geht, steht dahin.

Denn der Bundesregierung und den Behörden der Länder ist es gelungen, innerhalb eines Jahres eine so beachtliche Anzahl von schwerwiegenden Fehlleistungen aneinanzureihen, dass es auch den Qualitätsmedien nicht verborgen bleiben konnte: Der lange bestrittene Schutzeffekt einer »Maskenpflicht« und dann deren brachiale Durchsetzung, für die wiederum die Bundeswehr ein Transportflugzeug in der Ukraine anmieten musste, um die Masken aus China heranzuschaffen; die lücken- und fehlerhafte Erfassung und Übermittlung der Infektionszahlen an den Grenzen, in den Krankenhäusern, den Pflege- und Altenheimen; das Scheitern einer »Corona-App«; die Überforderung der rund 380 deutschen Gesundheitsämter und die ernüchternde Ahnungslosigkeit des Robert Koch-Instituts; die irrlichternde Lockdown-Politik; die Missstände beim Auszahlen der »Überbrückungsgelder« und schließlich das Versagen einer Impfflogistik, die um die Jahreswende in ein »Impfchaos« mündete, ergeben das Bild einer orientierungslosen Regierung und einer funktionsuntüchtigen Verwaltung.

Aber dieser Schein trägt. Denn Politiker folgen ihren eigenen Gesetzen. Im postdemokratischen Zeitalter

hat politisches Handeln eine andere Logik als jene der »hochkomplizierten Sachgesetzhlichkeiten«, von denen Soziologen eine Zeitlang glaubten, sie könnten »der Lösung der politischen Aufgaben ihren Weg vorschreiben«. <sup>1</sup> In Analogie zu Odo Marquards »Inkompetenzkompensationskompetenz« der Philosophen <sup>2</sup> könnte man den handelnden Akteuren in der Corona-Krise eine »Kompetenzsimulationskompetenz« zusprechen. Und dieses Handwerk beherrscht die Politik. Man sollte eine Regierung nicht unterschätzen, der es im engen Schulterschluss mit Wissenschaft und Medien gelingt, die »Alltagsmaske« von einem belächelten Symbol des Politikversagens umzudeuten in eine Geste freudiger Unterwerfungsbereitschaft. Ein wirklichkeitsentrücktes Buch des britischen Journalisten John Kampfner bescheinigt der Kanzlerin, in der Corona-Krise den »ultimate test of leadership« bestanden zu haben. <sup>3</sup> Der deutsche Beobachter weiß hingegen, dass die Bundeskanzlerin nach Wochen des Zauderns und Zögerns erstmals am 18. März 2020 sich zum Thema Corona geäußert hat – nachdem klar war, in welche Richtung sich die Stimmung der Bevölkerung wenden würde. Den »Leadership«-Test hat sie damit zwar nicht bestanden, wohl aber den Populismus-Test.

Denn handlungsleitend für die politischen Akteure sind nicht »die Zahlen« des Infektionsgeschehens, von denen ohnehin niemand, auch die Urheber nicht, weiß, was sie eigentlich bedeuten, auf die man sich aber festlegt, weil sie politische Effekte erzielen. Wie beim »body count« der US-Army im Vietnamkrieg wird die »Zahl der Toten zu einem eigenständigen Maß für die »Performanz««. <sup>4</sup> Aber auf diese Zahlen kommt es gewiss nicht wirklich an bei der politischen Entscheidungsfindung.

Handlungsleitend sind »die Zahlen« der Meinungsforschungsinstitute. Was die bedeuten, weiß man, und nach deren Logik hat die Regierung alles richtig gemacht. Sie ist nicht nur immer noch im Amt,

sondern genießt seit knapp einem Jahr unvermindert hohe Zustimmungswerte. Und den Sinn für Prioritäten hat sie dennoch nicht verloren. Am 6. Januar 2021, das Impfchaos hatte gerade einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, verkündete sie einen Gesetzentwurf für eine Frauenquote in Vorständen großer Unternehmen. Am gleichen Tag entließ der bayerische Ministerpräsident seine überforderte Gesundheitsministerin (w), die ihr Amt unverkennbar eben einer solchen Frauenquote verdankte, und ersetzte sie durch ihren Staatssekretär (m).

Die verbreitete Klage darüber, dass in diesem Regime die Parlamente praktisch ausgeschaltet wurden, zielt weit an der politischen Wirklichkeit vorbei. Seit der »Euro-Rettung« vor zehn Jahren weiß die Bundesregierung, dass sie für jede beliebige Entscheidung parlamentarische Zustimmung auf Volkskammerniveau erzielen und deshalb gleich darauf verzichten kann. Auch parlamentarische Entscheidungen werden von den Machtapparaten der Regierungsbehörden und der Parteien weitgehend kontrolliert. Das ist kein Geheimnis und hat als »parlamentarisches Regierungssystem« längst die Weihen der zuständigen Wissenschaft erhalten, der die Vorstellung, das Parlament kontrolliere die Regierung, nur noch »altmodisch« erscheint.<sup>5</sup>

### Der kalte Hauch der DDR

Andererseits: Zur effektiven Bewältigung einer pandemischen Krise fehlen dieser Art von Politik alle Voraussetzungen. So bleibt ihr nur der Rückgriff auf das Repertoire eines Notstandsregimes, das noch altmodischer ist als die Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament. Sein Vorbild ist weniger der schon hinreichend problematische Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung, sondern eher das Verteidigungsgesetz der DDR von 1961, das mit den »Rechten der Bürger« (§ 4) wenig Umstände machte: Sie wurden abgeschafft.<sup>6</sup>

Nicht von ungefähr weht der kalte Hauch der DDR durch das Land, wenn die Bundeskanzlerin und ihre Entourage immer mal wieder von den »Sicherheitsorganen«<sup>7</sup> der Bundesrepublik sprechen.<sup>8</sup> Auch die Notstandslogik der Bundes- und Länderregierungen hat ihre Machtmechanismen der DDR-Politik entlehnt: Es ist ein Regime von Befehl und Gehorsam, Überwachen und Strafen, abgesichert durch die Diffamierung von Kritikern, die Konformität der Massenmedien und die Akklamation der Wissenschaft. Abgerundet wird die DDR-Anmutung durch Reiseverbote,

Ausgangssperren, Lieferengpässe, Rationierungen und »Berechtigungsscheine« für Schutzmasken in DDR-Qualität, Nachrichtenkontrolle, »Nachverfolgen« von Kontakten – das aber dann doch kaum erfolgt, weil den meisten Gesundheitsämtern die digitale Ausstattung dafür fehlt –, Ermunterung zur Denunziation ordnungswidriger Nachbarn. Über DDR-Maß hinaus geht freilich das von der Berliner Infektionsschutzverordnung verhängte Verbot des »Singens in geschlossenen Räumen«. Selbst die vielbeschworene solidarische »europäische Lösung«, die einen »Impfnationalismus« verbiete, erinnert recht deutlich an die Solidarität der »sozialistischen Bruderstaaten«. Eine Regierung, die sich auf diesen Weg begeben hat, kennt nur noch alternativlose Entscheidungen und verschließt sich alle Handlungsspielräume.

Wer das trostlose Ende der DDR noch vor Augen hat, dem wird die jetzt neu belebte Attraktivität dieses Staates und seiner Machttechniken rätselhaft erscheinen. Aber das ist eine Frage der Perspektive. Immerhin hat die DDR vierzig Jahre Bestand gehabt und denen, die auf der richtigen Seite der Macht standen, ein angenehmes Leben gesichert.<sup>9</sup> Es hat also durchaus seinen Sinn, wenn bis heute führende

- 1 Helmut Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, in: ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf/Köln 1965, S. 439–480, hier S. 457.
- 2 Odo Marquard: »Inkompetenzkompensationskompetenz? Über Kompetenz und Inkompetenz der Philosophie«, in: ders.: Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien. Stuttgart 1981, S. 23–38, hier S. 24 f.
- 3 John Kampfner: Why the Germans Do it Better. Notes from a Grown-Up Country. London 2020, S. 2.
- 4 Steffen Mau: Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. 3. Aufl. Berlin 2018, S. 216. Vgl. auch S. 189.
- 5 Florian Meinel: Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus. München 2019, S. 166–169. Die im Titel angesprochene Krise sieht der Verfasser, jetzt Professor für Vergleichendes Staatsrecht und Politische Wissenschaften an der Universität Göttingen, übrigens nicht in der Selbstentmachtung des Parlaments, sondern im Hinzutreten einer Partei, die diesen vertrauten Betrieb durch Missachtung der eingespielten Gewohnheiten stört (S. 10).
- 6 Ernst Benda: Die Notstandsverfassung. 6. u. 7. Aufl. München/Wien 1968, S. 55; zu Art. 48 WRV vgl. S. 18–23. Neben dem Vietnamkrieg und der Bildungsreform war der Protest gegen die als »NS-Gesetze« wahrgenommenen Notstandsgesetze einer der treibenden Impulse der 68er-Studentenbewegung. Das ist heute fast völlig vergessen; auch die »deutsche Protestgeschichte« erwähnt sie nur beiläufig: Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart 2018, S. 106 u. 127.
- 7 »Sicherheitsorgane (bes. DDR) mit Staatschutz und Spionageabwehr befaste Dienststellen«, in: Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache. Bd. 5, Mannheim/Wien/Zürich 1980, S. 2392. In neueren Duden-Ausgaben ist der Hinweis auf die DDR entfallen.
- 8 Angela Merkel: »Danke an alle, die gegen Hitler Widerstand geleistet haben«. Presseerklärung Nr. 247/2019 vom 13.07.2019.
- 9 Als Hermann Göring am 8. Mai 1945 von der US-Army festgesetzt wurde, soll er gesagt haben: »Wenigstens zwölf Jahre anständig gelebt.« *Der Spiegel*, 25.04.2015, S. 53.

Spitzenpolitiker, auch solche in Regierungsämtern,<sup>10</sup> sich beharrlich weigern, die DDR als einen »Unrechtsstaat« zu bezeichnen. Ihre Machttechniken werden noch gebraucht.

### Die Maschen der Macht

»Das Leben ist der Güter höchstes ›nicht«, schrieb Schiller 1803 in seiner *Braut von Messina*, und er wusste, ebenso wie seine Zeitgenossen, dass der Mensch »auf den sturmbewegten Wellen / Des Lebens unstedt treibt.«<sup>11</sup> Modern gesprochen: Das Leben ist risikobehaftet. Die moderne Welt will das nicht wahrhaben. Ihr macht der Staat das Versprechen eines Zustandes »des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens.«<sup>12</sup> So nämlich definiert die Weltgesundheitsorganisation »Gesundheit«. In modernen westlichen Gesellschaften erscheinen unter diesen Prämissen Krankheit und Tod als ein Versagen der Medizin oder des Staates und nicht »als eine schicksalhafte Notwendigkeit der Existenz.«<sup>13</sup> Damit wird dem Staat eine Leistung abverlangt, die er nicht erbringen kann,<sup>14</sup> auch nicht mit den Herrschaftstechniken eines autoritären Regimes – und gerade mit diesen nicht.

Denn die moderne Macht sieht anders aus.<sup>15</sup> Foucault hat sie wirkungsreich als »Biomacht« beschrieben. Die Biomacht hat ein doppeltes Gesicht. Sie unterwirft den einzelnen einer »Disziplin« des Körpers und des Verhaltens, das über abendländische Jahrhunderte hinweg in der höfischen Gesellschaft, in Klöstern, beim Militär, in Schulen und Fabriken eingeübt wurde.<sup>16</sup> Eine späte Frucht dieser Disziplinierungsanstrengung war der »homo hygienicus«,<sup>17</sup> ein naher Verwandter des »homo oeconomicus«. Dieses Eingeübtsein in ein »selbstverständliches Sozialverhalten, das heißt, die stillschweigende Gewöhnung an die gewohnheitsmäßige Praxis moderner Staatlichkeit«,<sup>18</sup> entsteht nicht von heute auf morgen, sondern über Generationen und Jahrhunderte hinweg, nicht in Integrations- und Sprachkursen der Sozialindustrie, sondern in langwierigen Sozialisationsprozessen.

Die andere, die auf die Bevölkerung gerichtete Seite dieser »Biomacht«, die »Gouvernementalität«, ist die »Art und Weise, mit der man das Verhalten der Menschen steuert.«<sup>19</sup> Sie beruht auf Wissen, auf umfassenden Informationen über die Zusammensetzung der Bevölkerung.<sup>20</sup> Seit dem 16. Jahrhundert gibt es in Deutschland Kirchenbücher, die sich nach und nach zu Personenstandsregistern entwickeln,

bis sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts endgültig von einem staatlichen Meldewesen abgelöst werden.<sup>21</sup> Mit diesen Erfassungstechniken wird die »abstrakte ›Bevölkerung« als Gegenstand der Verwaltung entdeckt«. Die Personenstandsregister sind in Kombination mit den Grundstückskatastern und den Unterlagen der Finanz- und der Militärverwaltung die Voraussetzung für das »lückenlose Funktionieren des Verwaltungsapparates.«<sup>22</sup> Die »Gouvernementalität« lernte es, Daten zu sammeln, Risiken zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen. Sie bewährt sich vor allem dort, wo es um unsichtbare Gefahren geht. Denn die Sammlung und Ordnung von Daten erlauben es, verborgene Muster aufzudecken<sup>23</sup> und Risiken im Wortsinne zu »berechnen«.

### Das Absterben des Staates

Aber einen Staat, der diese Ordnungsmacht ausüben und Risiken beherrschen könnte, gibt es nicht mehr. Nach einer Mitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom Mai 2020 haben über 416.000 Flüchtlinge in Deutschland das Geburtsdatum »1. Januar.«<sup>24</sup> Das widerspricht zwar jeder statistischen Wahrscheinlichkeit, entspricht aber der Praxis der Personenstandsverwaltung in Deutschland: Wer erst einmal seinen Pass entsorgt hat, kann seinen Geburtstag frei wählen. Auf ehemals preussischem Gebiet zumindest hat es das seit dem späten 18. Jahrhundert nicht mehr gegeben: dass deutsche Behörden sehenden Auges hunderttausendfach falsche Beurkundungen des Personenstandes vornehmen. Umgekehrt verlangt das Corona-Regime seinen Bürgern aber genau das ab, was der Staat zu tun sich weigert: Im ehemals preussischen Berlin wird im Corona-Jahr eine »unvollständige Anwesenheitsdokumentation« mit einem Bußgeld von 50 bis 10.000 Euro geahndet.<sup>25</sup>

Auch über das Geburtsjahr kann im Deutschland des 21. Jahrhunderts ebenso beliebig verfügt werden wie über den Geburtsort oder das Herkunftsland oder das Geschlecht. Am 18. Dezember 2020 bejubelte die deutsche Sportpresse im branchenüblichen GröFaZ-Jargon den »jüngsten Torschützen aller Zeiten«. Ein 16-Jähriger hatte ein Tor in der 1. Fußball-Bundesliga geschossen. Jeder aufgrund des Augenscheins aufkeimende Verdacht, dass mit dem Geburtsdatum 20. November 2004 des deutschen Jugendnationalspielers etwas nicht stimmen könne, war schon Jahre zuvor durch ein amtliches Dokument zweifelsfrei widerlegt worden: Es handelte sich

um eine »Nachbeurkundung«, die 2016 im Standesamt Hamburg-Nord erfolgte<sup>26</sup> – zwölf Jahre nach dem angegebenen Geburtsdatum und 7.800 Kilometer vom Geburtsort, dem kamerunischen Yaoundé, entfernt. Hier hat alles seine behördliche Ordnung.

So entsteht einerseits eine behördliche »Lügenwelt«, die sich »aus Wahrheiten zusammensetzt«.<sup>27</sup> Andererseits schafft diese »postmigrantische Verortungsstrategie«, von der Wissenschaft gefordert und umjubelt, »mehrdeutige lokale Räume«, in denen sich gut leben lässt.<sup>28</sup> Aber die behördlichen Verwaltungstechniken sind ohnehin obsolet. Die avancierte postmigrantische Gesellschaftsanalyse (pmG) fordert längst die Ablösung der klassischen Personenstandsdaten mit ihren »Fremdzuschreibungen« wie Geburtsort oder Staatsangehörigkeit durch »Gleichstellungsdaten«, die durch »Selbstauskünfte« und »Selbstzuschreibungen« zur »Identifikation struktureller und institutioneller Diskriminierung beitragen«.<sup>29</sup>

Im Landesinneren bleibt das Netz gleichermaßen weitmaschig. Die Bundespolizeidirektion St. Augustin berichtet, dass am 18. Dezember 2020 am Bahnhof von Münster ein »17-jähriger Guineer« bei einer Polizeistreife einen Asylantrag stellte und die Gelegenheit nutzte, einen der Bundespolizisten gezielt anzugreifen, sodass er – trotz der »Rassismus«-Vorwürfe von rund 25 zufällig anwesenden Passanten – festgenommen wurde. Die Überprüfung ergab, dass er in Deutschland bereits unter 16 verschiedenen Identitäten behördlich registriert war und damit den Attentäter vom Breitscheidplatz noch überbot.<sup>30</sup> Der junge Mann hatte das postmigrantische Theoriekonstrukt der »Mehrfachzugehörigkeit« wohl gar zu wörtlich genommen.<sup>31</sup>

Ein Staat, der das alles mit sich machen lässt, muss sich schwer tun mit der Kriminalitäts- ebenso wie mit der Seuchenbekämpfung. Aber diesen Staat gibt es ohnehin nicht mehr. Er existiert nur noch als leere Hülle, ausgehöhlt von jahrzehntelangen Erosionsprozessen.

10 »Die Ministerpräsidenten Manuela Schwesig und Bodo Ramelow wollen die DDR nicht mehr »Unrechtsstaat« nennen«, in: *zdf heute*, 07.10.2019.

11 Friedrich Schiller: Die Braut von Messina oder Die feindlichen Brüder, in: ders.: Sämtliche Werke, hg. v. Gerhard Fricke / Herbert G. Göpfert. Bd. 2. 5., durchges. Aufl. München 1974, S. 813–912, hier S. 912 (Z. 2838) u. 835 (Z. 363 f.).

12 Verfassung der Weltgesundheitsorganisation. Unterzeichnet in New York am 22. Juli 1946, Präambel.

13 Schelsky, a.a.O., S. 440.

14 Einen kurzen Moment lang, am 23.07.2020, schien aber auch das gelungen: Das Robert Koch-Institut meldete an diesem Tag »minus einen Toten« gegenüber dem Vortag, was sich, drei Monate nach Ostern, nur durch eine Wiederauferstehung rational erklären ließe. Denkbar wäre aber auch einer der vielen Rechenfehler, die dem Institut im Corona-Jahr unterlaufen sind.

15 Michel Foucault: »Les mailles du pouvoir«, in: ders.: Dits et Écrits 1954–1988. Bd. 4: 1980–1988. Paris 1994, S. 182–195, hier bes. S. 190 f.

16 Peter J. Brenner: »Individuum und Gesellschaft«, in: Horst Albert Glaser (Hg.): Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte. Bd. 3: Harald Steinhausen (Hg.): Zwischen Gegenreformation und Frühaufklärung: Späthumanismus, Barock. 1572–1740. Reinbek 1985, S. 44–59, hier S. 52–58.

17 Alfons Labisch: Homo hygienicus. Gesundheit und Medizin in der Neuzeit. Frankfurt/New York 1992, S. 105–141. Vgl. auch Calixte Hudemann-Simon: Die Eroberung der Gesundheit. 1750–1900. Frankfurt/Main 2000, S. 213–244.

18 Wolfgang Reinhard: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1999, S. 481.

19 Michel Foucault: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II: Frankfurt/Main 2006, S. 261.

20 Michel Foucault: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. 4. Aufl. Frankfurt/Main, 1991, S. 167.

21 Walther Lampe: (Art.) »Kirchenbücher«, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Bd. 3. 3., völlig neu bearb. Aufl. Tübingen. 1959, Sp. 1413–1415.

22 Hans Maier: Die ältere deutsche Staats und Verwaltungslehre. 2. Aufl. München, 1986, S. 130. – Vgl. Wolfgang Bonß: Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung, Frankfurt/Main 1982, S. 69–72. – Die dunkle Kehrseite darf nicht verschwiegen werden. Im »Dritten Reich« stellten die Kirchen den Behörden ihre Taufbücher zur Identifizierung von »Ariern« zur Verfügung, und die »Reichsmeldeordnung« von 1938 war nicht nur Grundlage für eine geordnete statistische Erfassung, sondern ebenso für Aussonderung und Verfolgung von Bevölkerungsgruppen. Vgl. Jörg Friedrich: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1984, S. 139; Götz Aly / Karl Heinz Roth: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2000, S. 49–54. Datenschutzmaßnahmen haben schon ihren Sinn, wenn sie mit Maß und mit Ziel betrieben und nicht ihrerseits wieder repressiv eingesetzt werden. Dass umgekehrt statistische Erfassungen auch unerwünschte Ergebnisse erbringen konnten, die repressive Maßnahmen gegen die Statistiker selbst auslösten, zeigt Stalins missratene Volkszählung von 1937. Vgl. Karl Schögel: Terror und Traum. Moskau 1937. Frankfurt/Main 2010, S. 153–173.

23 Armin Nassehi: Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft. München 2019, S. 54 f.

24 Marcel Leubecher: »Warum so viele Migranten am 1. Januar ›Geburtstag« haben«, in: *Die Welt*, 12.05.2020 (online).

25 Bußgeldkatalog zur Ahndung von Verstößen im Bereich des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in Verbindung mit der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung in Berlin, § 5.

26 Ibrahim Naber: »Amt bestätigt Geburtsurkunde von Wunderkind«, in: *Die Welt*, 16.10.2017. Entgegen der Überschrift des Artikels hat das Amt gerade keine Geburtsurkunde ausgestellt, sondern eine Nachbeurkundung vorgenommen, die »den gleichen Stellenwert« – wenn auch nicht den gleichen Wahrheitsgehalt – »wie eine deutsche Geburtsurkunde« habe. Wie das Amt die Korrektheit der beurkundeten Daten ermittelt hat, verschweigt es unter Berufung auf den Datenschutz. Aber man kann es sich denken: Beim Fehlen behördlicher Dokumente fordert § 9 des Personenstandsgesetzes für eine solche »Nachbeurkundung« lediglich eine einfache eidesstattliche Erklärung des Betroffenen.

27 Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Erster Band. Zürich 1984 [zuerst 1956], S. 168.

28 Erol Yıldız: »Ideen zum Postmigrantischen«, in: Naika Foroutan / Juliane Karakayal / Riem Spielhaus (Hg.): Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik. Frankfurt/Main 2018, S. 19–34, hier S. 28 f.

29 Joshua Kwesi Aikins / Linda Supik: »Gleichstellungsdaten: Differenzierte Erfassung als Grundlage für menschenrechtsbasierte Antidiskriminierungspolitik«, in: Foroutan/Karakayal/Spielhaus (Hg.), a.a.O., S. 97–111, hier S. 100 f.

30 Pressemitteilung der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin vom 21.12.2020.

31 Naika Foroutan / Juliane Karakayal / Riem Spielhaus: »Einleitung: Kritische Wissensproduktion zur postmigrantischen Gesellschaft«, in: Foroutan/Karakayal/Spielhaus (Hg.), a.a.O., S. 9–16, hier S. 9.

Seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert gibt es starke Tendenzen zur Delegitimation des Staates durch partikulare separatistische, ethnische, neuerdings auch sexuelle und sonstige Gruppen und Bewegungen.<sup>32</sup> Neu hinzugekommen ist die gegenläufige und doch eng verwandte Bewegung eines entgrenzten Universalismus, der getragen wird von den globalen Eliten.<sup>33</sup> Er findet seinen ideologischen Rückhalt in den Postulaten von »Grenzüberschreitung und Grenzlösung«,<sup>34</sup> die wiederum in den Forderungen nach »Öffnung, Entgrenzung und Deregulierung des Sozialen« und einer Kritik an der staatlichen »Überregulierung« münden.<sup>35</sup> Ihren gemeinsamen Nenner finden diese scheinbar gegenläufigen Strömungen der partikularistischen Einkapselung und universalistischen Entgrenzung in der Zerschlagung des Staates. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich effektives staatliches Handeln auch in der Corona-Krise nicht mehr exekutieren, sondern nur noch simulieren.

So ist es am Ende doch noch zum von der marxistischen Theorie prophezeiten »Absterben des Staates« gekommen, ohne dass freilich das Proletariat den versprochenen Gewinn daraus gezogen hätte.<sup>36</sup> Die Profiteure sind die anderen. Ein zerschlagener und gelähmter Staat wird zum Manövriertfeld globaler Hasardeure, die überall ihre willigen Vollstrecker finden.

### Das letzte Rätsel

Ein Rätsel bleibt: Warum funktioniert es? Warum unterwirft sich die Bevölkerung einem offensichtlich unwirksamen Notstandsregime? Warum duldet sie die Zerschlagung der bürgerlichen Ökonomie und die Lähmung des gesellschaftlichen Lebens?

Wirklich lösen lässt sich das Rätsel nicht, zumal sich die gleiche Frage für die anderen westlichen Demokratien in ähnlicher Form stellt. Es liegt auf der Hand, dass die Bereitschaft zur Aufgabe von Freiheitsansprüchen zugunsten von Sicherheitsversprechen umso höher ist, je stärker das Gefühl der Bedrohung wächst. Wenigstens das hat die Regierung verstanden, und so betreibt sie Panikstimulation statt Krisenkommunikation. In Deutschland fällt das auf besonders fruchtbaren Boden, denn die »Mobilisierung der Angstkultur« gehört seit den Friedens- und Umweltbewegungen der 1970er Jahre mit ihrer »generellen Aufwertung der Angst« zu den erfolgreichsten Instrumenten bei der Durchsetzung politischer Ziele.<sup>37</sup> Heute wird speziell in der Klimadiskussion die Panikbereitschaft als politische Tugend gefeiert,

unter deren Schutzschild unreife Halbwüchsige von den durchinfantilisierten politischen und Wirtschaftsführern der westlichen Welt als Heilsbringer umjubelt werden.<sup>38</sup> Es wird späteren Forschungsgenerationen vielleicht gelingen zu entschlüsseln, warum erwachsene Menschen sich in dieser Weise selbst zum Narren machen konnten.

Für die Philosophen von Kierkegaard über Heidegger bis Sartre war die Angst ein angenehmes Gefühl: »Die Möglichkeit der Freiheit meldet sich in der Angst an«,<sup>39</sup> versicherten sie. Aber die Angst der Philosophen ist nicht die Angst der kleinen Leute, und auch die Freiheit ist nicht jedermanns Sache, und es stellt sich die Frage, »ob nicht inzwischen die soziale Sicherheit an ihre Stelle getreten ist.«<sup>40</sup> Was den einen als Aufruf zur Freiheit erscheinen mag, wirkt bei den anderen als Anreiz zur Unterwerfung: »Angst macht die Menschen abhängig von Verführern, Betreuern und Spielern. Angst führt zur Tyrannei der Mehrheit.«<sup>41</sup> Aber umgekehrt gilt auch: Wenn die Angst schwindet, aussagekräftigen Daten und einem nüchternen Risikokalkül weichen muss, dann schwindet auch die Unterwerfungsbereitschaft.

32 Reinhard, a.a.O., S. 510–512.

33 Vgl. Peter J. Brenner: »Globale Eliten, lokale Heloten oder: Wo ist das Volk?«, in: *TUMULT*, Winter 2018/19, S. 8–12.

34 Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin 2019, S. 263. Reckwitz spricht in einer unglücklichen Wortprägung vom »apertistischen Liberalismus«, abgeleitet von lat. »apertus«, »offen« (S. 242).

35 Andreas Reckwitz: Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2017, S. 375.

36 Wladimir Iljitsch Lenin: Staat und Revolution, in: ders.: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Bd. 1. Berlin 1989, S. 647–761 (zuerst 1917), hier S.660–666 u. 724–732.

37 Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Reinbek 2019, S. 417 u. 379. Mentalitätsgeschichtlich reicht das viel weiter zurück, ins ausgehende 18. Jahrhundert. Vgl. Richard Alewyn: »Die Lust an der Angst«, in: ders.: Probleme und Gestalten. Frankfurt/Main 1972, S. 307–330, hier S. 313.

38 Greta Thunberg: Ich will, dass ihr in Panik geratet! Meine Reden zum Klimaschutz. Erw. Neuausgabe. Frankfurt/Main 2019. Die titelgebende und zum geflügelten Wort gewordene Äußerung fiel in einer Diskussionsrunde beim Weltwirtschaftsforum in Davos am 25. Januar 2019 (vgl. S. 43–48).

39 Sören Kierkegaard: Der Begriff Angst. Werke I. Reinbek 1969 [1844], S. 69.

40 Ernst Forsthoff: »Verfassung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik«, in: *Merkur*, Jg. 22 (1968), S. 401–414, hier S. 414.

41 Heinz Bude: Die Gesellschaft der Angst. Hamburg 2014, S. 15.

Frühjahr 2021

# TUMULT

*Vierteljahresschrift für Konsensstörung*

---

**DIE REPUBLIK ALS LEERE HÜLLE**

*Herrschaft durch Angst und Ächtung*

**DAS GLOBALMORALKAPITAL**

*und seine Charaktermasken*

**RASSISMUS OHNE RASSEN?**

*Eine düstere Prognose*

**ENTFESSELTE NORMALISIERUNG**

*Auf dem Weg in die totale Kommunikation*

---

